# Beschlüsse aus der ordentlichen Sitzung des Verbandsvorstandes vom 6. April 2019 in Bern

Der Verbandsvorstand fasste an seiner letzten Sitzung die folgenden Beschlüsse:

Delegiertenversammlung 2019:

Der Verbandsvorstand hat sich der Vorbereitung der Delegiertenversammlung vom 8. Juni 2019 in Bern gewidmet. Er hat verschiedene Berichte und Dokumente sowie die Strategie für die Periode 2020 – 2023 genehmigt und an die Delegiertenversammlung überwiesen.

Der Verbandsvorstand hat die Übereinkunft zur Zusammenarbeit zwischen den Organisationen des Sehbehindertenwesens (SBV, SZBlind, SBb und CAB) für die Verhandlungsperiode Juni – Dezember 2019 mit dem BSV genehmigt. Diese Vereinbarung betrifft die Zeit zwischen dem 1. Juni 2019 bis zum Abschluss eines Vertrages für Ausrichtung von Finanzhilfen (VAF) zwischen dem Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) und dem Schweiz. Zentralverein für das Blindenwesen (SZBlind) voraussichtlich im Dezember 2019.

Gemäss dieser Übereinkunft verzichten die dabei mitwirkenden Organisationen des Sehbehindertenwesens darauf, ihre eigenen Verhandlungen zu führen. Sie delegieren die Entscheidungsbefugnis während dieser Zeit an eine Delegation, welche aus Vertretern der vorgenannten Organisationen des Sehbehindertenwesens und Vertragsnehmerinnen gem. Art 74 des Gesetzes über die Invalidenversicherung IVG) zusammengesetzt ist. Das Mitwirken in dieser Übereinkunft verpflichtet jedoch den SBV nicht dazu, anschliessend einen Unterleistungsvertrag mit dem SZBlind abzuschliessen und in die Gesellschaft der Untervertragsnehmer aus dem Bereich des Sehbehindertenwesens einzutreten. Jede Organisation wird im Dezember 2019 für sich selber autonom über die Fortsetzung dieses Prozesses entscheiden.

Der Verbandsvorstand hat mit grosser Befriedigung von den Fortschritten in der Umsetzung der Businesspläne der Bildungs- und Begegnungszentren BBZ. Er gratuliert den Mitarbeitenden der BBZ und dem Bereichsleiter und dankt ihnen für die grossen Anstrengungen, die sie unternommen haben, um die Kosten der Zentren zu senken und dass sie die gemeinsam mit den interessierten Kreisen gesteckten Ziele erreicht haben.

Bern, 12.04.2019 / KM/RK